

Inhaber von Fotogeschäften sehen sich durch geplantes Gesetz in Existenz bedroht

In offenem Brief Pläne für Neuerung beim Thema Passfotos kritisiert

Von Marco Julius

DELMENHORST Eine geplante Gesetzesänderung bereitet den Inhabern von Fotogeschäften in Delmenhorst Sorgen. In einem offenen Brief haben sich jetzt Jürgen Waßer (Photo! Waßer), Hartmut Nordbruch (Photo von Oven) und Thomas Kuhnke (Foto Art Kuhnke) an die Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen (CDU) und Susanne Mittag (SPD) sowie an Oberbürgermeister Axel Jahnz gewandt.

Worum geht es? Die drei Inhaber der Fotogeschäfte sehen einen wesentlichen Eckpfeiler ihrer Existenz bedroht, das Erstellen von Passfotos. Laut Gesetzentwurf sollen biometrische Passbilder aufgrund von Sicherheitsaspekten künftig nur noch und ohne Ausnahme unter behördlicher Aufsicht im Einwohnermeldeamt erstellt werden. „Ohne die Säule ‚biometrisches Passbild‘ sind die meisten der 5000 kleinen und mittleren Unternehmen faktisch nicht mehr überlebensfähig“, befürchten die drei Geschäftsinhaber. Dabei gebe es in der Branche bereits Lösungen, dass der Kunde die Passbilder nicht mehr direkt in die Hand

bekomme, sondern diese auf elektronischem Weg den Gemeinden zugestellt werden, zum Beispiel via DE-Mail. Dieses Verfahren sei schon längst einsatzfähig, aber auch cloudbasierte Lösungen seien möglich und könnten Fälschungen verhindern.

„Man könnte“, das schlagen die Unterzeichner vor, „den Fotografen, welche sich darum bewerben, eine Lizenz erteilen – die sich dann durch ein polizeiliches Führungszeugnis und weitere Vorgaben qualifizieren müssen.“ Damit könne man die Fotografen somit quasi einfach zu Mitarbeitern der Bürgerservicebüros machen. „Und wir erbringen wie bisher eine gute handwerkliche Handwerksleistung für alle Bürger.“

Ein weiteres Problem aus Sicht der Unterzeichner: Menschen könnten durch das Raster fallen. „Die Automaten – also auch der im Delmenhorster Bürgerservicebüro aufgestellte – können nur mindestens 126 Zentimeter große Personen fotografieren. Im Entwurf wird aber, erstaunlicherweise, gar nicht darauf eingegangen, wie mit Kindern, Babys, Behinderten, Kleinwüchsigen oder anderweitig einge-

schränkten Personen, zum Beispiel Bettlägerigen und ähnlichem verfahren werden soll“, heißt es in dem offenen Brief. „Wenn nur noch die ‚schwierigen Fälle‘ von den dann noch vorhandenen Fotografen fotografiert werden dürfen, so ist von extrem höheren Preisen und weiteren Wegen für diese Bevölkerungsgruppen auszugehen, denn die substantielle Basis für diese Dienstleistung fehlt.“

Auch steuerliche Aspekte im Blick behalten

Ein fiskalischer Aspekt dürfe nicht außer acht gelassen werden – der bundesweite Passbildmarkt (nur biometrische Passfotos) habe etwa ein Umsatzvolumen von 350 Millionen Euro, die hierdurch erwirtschaftete Umsatzsteuer belaufe sich somit auf rund 55 Millionen Euro, da Materialkosten praktisch nicht ins Gewicht fielen. „55 Millionen Euro weniger Umsatzsteuer, von der wegbrechenden Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer sowie den sozialen Ausgaben ganz zu schweigen, da nicht nur die Inhaber sondern auch die Mitarbeiter ihren Job verlieren – das alles für eine Handvoll Morphing-Fäl-

le in Deutschland?“, fragen die Unterzeichner. Laut eines Berichtes des WDR sind bisher lediglich drei echte Morphingfälle bekannt. „Jeder Politiker, parteiübergreifend, muss doch zweifelsfrei feststellen, dass eine Verhältnismäßigkeit hier überhaupt nicht gegeben ist“, sagen die Inhaber der drei Fotogeschäfte.

Es werde im Gesetzentwurf auch nicht darauf eingegangen, „wie neben den immensen Investitionskosten für die Gemeinden der unweigerlich massiv erhöhte Zeitaufwand der dort Beschäftigten kompensiert werden soll“.

Die Geschäftsinhaber schreiben: „Wir bitten dringend um Ihre Hilfe, damit hier einerseits aufgeklärt wird und andererseits nicht mindestens 5000 Betriebsinhaber und noch mehr Angestellte und Angehörige diesem unsinnigen Automatisierungswahn zum Opfer fallen.“ Der offene Brief schließt mit den Worten: „Das Thema ‚Erhöhung der Sicherheit‘ lässt sich anders, sozialer, gemeinsam mit den Unternehmen und wesentlich kostenärmer für die Gemeinden und damit uns – die Steuerzahler – lösen.“